

## PRESSEMITTEILUNG

### Kiwi-Koalitionsvertrag: Vitaminspritze für die Weiterbildung

**Der Volkshochschulverband Baden-Württemberg begrüßt die Pläne der neuen Landesregierung zur Allgemeinen Weiterbildung, wie sie sich aus dem grün-schwarzen Koalitionsvertrag ergeben: von der Notwendigkeit einer angemessenen finanziellen Förderung über den Ausbau und die Modernisierung des Zweiten Bildungsweges bis zur Erforderlichkeit der Digitalisierung der Weiterbildung und digitaler Grundbildung. Gute Entwicklungen der letzten Jahre werden konsequent weitergeführt.**

LEINFELDEN-ECHTERDINGEN, 11.05.2016. Der grün-schwarze Koalitionsvertrag betont den hohen Stellenwert der Allgemeinen Weiterbildung und plant deren Weiterentwicklung. Grundlage der Weiterentwicklung soll der im Dezember 2015 geschlossene Weiterbildungspakt sein (<https://www.vhs-bw.de/2015-12-10-weiterbildungspakt-gesamttext.pdf>), der unter anderem einen Ausbau der Landesförderung vorsieht, nämlich „das Erreichen einer Grundförderung in Höhe des Bundesdurchschnitts als Nahziel ...“. Daneben will sich die neue Landesregierung insbesondere den Zielgruppen der „Schulabbrecher, Geringqualifizierten, funktionalen Analphabeten, Migranten sowie Flüchtlingen“ widmen, also Kernzielgruppen der Volkshochschulen. Auch das Landesnetzwerk Weiterbildungsberatung findet ihr Interesse.

Der Direktor des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg, Dr. Hermann Huba, begrüßt diese Schwerpunktsetzung ebenso wie den Mut der neuen Landesregierung zur Kontinuität: „Der grün-schwarze Koalitionsvertrag ist im Bereich der Allgemeinen Weiterbildung erfreulicherweise gekennzeichnet von umsichtiger Sachlichkeit, und nicht von zwanghafter politischer Profilierung. Auf dieser Basis lässt sich erfolgreich arbeiten und den Herausforderungen im Sprach- und Integrationsbereich ebenso begegnen wie im Bereich des Zweiten Bildungsweges, der zu einer Schule für Erwachsene weiter entwickelt werden muss.“

Ebenfalls positiv sieht der Verband das Bekenntnis zur Erwachsenenbildung im ländlichen Raum sowie zum Ausbau der Eltern- und Familienbildung. Auch die im Koalitionsvertrag festgehaltene Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Honorarsätze der Lehrkräfte in Integrationskursen entspricht einer Forderung des baden-württembergischen Volkshochschulverbandes an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Zum Volkshochschulverband Baden-Württemberg gehören 172 Volkshochschulen mit rund 720 Außenstellen. Die Einrichtungen vor Ort bieten ein flächendeckendes Netz an vielfältigen Angeboten zur Allgemeinbildung, Gesundheitsbildung, in den Sprachen, zur Integration und zur beruflichen Qualifizierung sowie in der Grundbildung und Alphabetisierung. Informationen über die Arbeitsfelder der Volkshochschulen gibt es auf der Homepage des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg: [www.vhs-bw.de](http://www.vhs-bw.de).

**Kontakt:** Kathrin Lepold, Pressestelle, Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.  
Telefon: (07 11) 7 59 00 - 60, E-Mail: [lepold@vhs-bw.de](mailto:lepold@vhs-bw.de)